

Leserbrief**Unter dem Eindruck des 9. November 1938**

Wieder einmal hat ein Zeitgenosse des Dritten Reiches vor den hohen Ansprüchen der Gegenwärtigen nicht bestanden und darf seiner nicht mehr anerkennend gedacht werden. Unabhängig davon, dass er einer Widerstandsgruppe gegen Hitlers Regime angehörte, nach dem 20. Juli 1944 verhaftet wurde und mit Glück den Krieg überstand, ist der Freiburger Historiker Gerhard Ritter nicht mehr würdig, mit seinem Namen einen von der Universität Freiburg mitvergebenen Preis zur Auszeichnung hervorragender geschichtswissenschaftlicher Arbeiten zu schmücken, da er eine aristokratische Staatsform befürwortet und die "überbordende Demokratie" der Weimarer Republik abgelehnt habe (F.A.Z. vom 22. April). Man ist wahrlich erstaunt über eine solche Kombination von politischer Arroganz und historischer Ahnungslosigkeit.

Ritter wird nicht in die Diskussion seiner Zeit hineingestellt und aus ihr heraus seine Haltung verständlich gemacht. Es wird nicht berücksichtigt, dass er Schwächen des Weimarer Parlamentarismus kritisiert hat, ohne damit wie viele andere die Republik grundsätzlich zu verneinen, dass er seit 1930 bis in das Frühjahr 1933 hinein öffentlich und intern vor dem Nationalsozialismus nachdrücklich gewarnt und zu einer Abwehrfront geraten hat. Man braucht nur die Edition seiner Briefe zu lesen, um seine abgrundtiefe Distanz zu Hitler zu erkennen. Am 24. November 1938 schrieb er unter dem Eindruck des Judenpogroms vom 9. November: "Was wir in den letzten beiden Wochen erlebt haben im Ganzen des Vaterlandes, ist das Beschämendste und Schrecklichste, was seit langen Jahren geschehen ist. Wohin sind wir gekommen! Eine der vielen Fragen, über die man brieflich kaum reden kann, ist eine, wie mir scheint, nun zum erstenmal doch allgemeine Scham und Empörung." Dieses Erlebnis und dieses Empfinden gaben den Anstoß zur Bildung eines oppositionellen Gesprächskreises an der Freiburger Universität.

Am 2. September 1939, am Tage nach dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, schöpfte Ritter Trost aus der "fernen Hoffnung, . . . dass es ja dann wohl endlich ein Ende haben muss mit so viel Schrecklichem und Widerwärtigem, das uns nun seit Jahren ängstigt". Andere Widerständler gegen Hitler, die vor 1933 und gegebenenfalls nach 1945 die Demokratie erbittert bekämpften, werden heutzutage umfassend geehrt, einem nationalkonservativen Widerständler darf im gegenwärtigen Meinungsklima eine solche Behandlung nicht mehr zuteil werden. Es ist schon erstaunlich, wie politisch unerwünschte Traditionen von interessierten Kreisen radikal abgeschnitten werden.

Dr. Klaus Neitmann, Direktor des

Brandenburgischen Landeshaupt-

archivs, Potsdam

Text: F.A.Z., 10.05.2008, Nr. 109 / Seite 8

© F.A.Z. Electronic Media GmbH 2001 - 2008
Dies ist ein Ausdruck aus www.faz.net